

Anfrage in der **Fragestunde** an Frau Bürgermeister Elke Kahr, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **20. Jänner 2022** von Gemeinderat Mag. Michael Winter

Sehr geehrte Frau  
Bürgermeister  
Elke Kahr  
Rathaus  
8011 Graz

Graz, am 18. Jänner 2022

Betreff: Städtepartnerschaft mit der bosnischen „Flüchtlingsstadt“ Bihac'  
**Fragestunde**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am 09. Jänner 2022 wurde laut Berichterstattung einer österreichischen Tageszeitung bekannt, dass die Landeshauptstadt Graz gemeinsam mit Traiskirchen unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“ eine sogenannte „humanitäre Städtepartnerschaft“ ins Leben rufen wird. Formelles Ziel sei es, eine sogenannte „humanitäre Katastrophe“ an der EU-Außengrenze, nämlich im bosnischen Bihac' bzw. in dem dortigen sogenannten „Flüchtlingslager“, zu verhindern.

In Vertretung der kommunistischen Bürgermeisterin Elke Kahr begab sich der KPÖ- Gemeinderat Horst Alic gemeinsam mit dem SPÖ-Bürgermeister von Traiskirchen, Andreas Babler, nach Bihac' zum Lokalaugenschein und deutete in schemenhafter Art und Weise bereits an, dass der österreichische Steuerzahler für die Versorgung der sogenannten „Flüchtlings“ auf dem Balkan erneut zur Kasse gebeten wird. „Wir wollen, darauf aufbauend, auch als Stadt Graz unseren Beitrag leisten“, so der KPÖ-Gemeinderat Horst Alic.

Angesichts der Tatsache, dass die Bewältigung der sogenannten „Flüchtlings-“ bzw. Migrationskrise ohnedies bereits über Jahre hinweg einen massiven Kostenfaktor für die österreichischen Steuerzahler darstellt, stellt die FPÖ als bürgerlich-patriotische Kraft, die den Anliegen der autochthonen Österreicher in Graz oberste Priorität einräumt, folgende

**Anfrage**

gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:

Zu welchen konkreten Leistungen wird sich die Stadt Graz im Rahmen der sogenannten „humanitären Städtepartnerschaft“ unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“ zur Bewältigung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ am Balkan verpflichten?